



Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein; Dänhoff (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dänhoff 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus; Berlin. Postachek-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile, 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 325

FREITAG, 8. JULI 1932

MORGEN-AUSGABE

## Vor Unterzeichnung?

### Deutschland soll 2,7 Milliarden zahlen

Eigene Meldung der Wossifischen Zeitung

LAUSANNE, 8. JULI, 0,15 UHR

Nach dem Diner bei MacDonald und Neville Chamberlain, zu dem Herrriot und andere Mitglieder der französischen Delegation eingeladen waren, sind kurz vor Mitternacht der deutsche Reichskanzler von Papen und der Außenminister Freiherr von Neurath, die sich bereits zur Ruhe begeben hatte, zu dem Konferenzpräsidenten getreten worden,

wo zur Stunde eine Beratung stattfindet. Als Herrriot von dem Diner ins Palaishotel zurückkehrte, erklärte er, daß sich die Lage sehr wesentlich gebessert hätte. Man nimmt in französischen Kreisen an, daß das Abkommen über die Reparationen noch heute nacht in seinen wesentlichen Teilen fertiggestellt werden wird. Angeblich wird es auf einer deutschen Forderung von 2,7 Milliarden beruhen. Die weiteren Verhandlungen erstreckten sich auf die Modalitäten der Begebung.

## Gegenseitiger Verzicht auf politische Bedingungen

Vor der obenstehenden Meldung gab unser Lausanner Berichterstatter folgende Zusammenfassung der Lage, wie sie sich abends darstellte:

LAUSANNE, 8. JULI

Die Hoffspannung, die in den letzten Tagen über die Konferenz lag, ist einer Milderung gewichen: Die Beschlüsse werden sich auf das eigentlich Reparationsmäßige beschränken und der rein politische Teil der Konferenz wird besagen. Auf deutscher Seite scheint man sich mit dieser Fassung abgefunden zu haben unter der Voraussetzung, daß auch Frankreich keinerlei politische Bedingungen an das Reparationsabkommen knüpft.

Wenn auch der vorgezogene Vertrag keinen wesentlichen politischen Teil als regulären Bestandteil enthalten wird, so soll nach MacDonalds Mitteilung doch eine allgemeine politische Aufzählung aufgenommen werden, die Anknüpfungen auf die Entscheidung des Teils VIII des Versailleser Vertrages enthalten und auch auf die Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit der Welt sowie auf die Notwendigkeit der Rüchungsbeschränkung hinweisen wird. Angeblich soll darin auch eine feierliche Versicherung der Unterzeichner enthalten sein, durch eine gewisse politische Schonung an einer Oschöpfung der Weltwirtschaft und der Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen zwischen den Völkern hinzuwirken.

Um welchen Vermittlung haben Reichskanzler von Papen und die anderen deutschen Delegierten noch einmal verhandelt, in einer freundschoniglichen Ausdrucks Herrriot im Sinne des

ersten Voller Sachverständigen-Gutachtens und auch im Sinne des Konferenz-Präsidenten MacDonald zu einer Erleichterung derjenigen politischen Fragen zu bewegen, deren Bereinigung sich nicht zur Herstellung des Vertrauens in der Welt nicht beitragen hätte. So aber Herrriot dabei blieb, daß in Lausanne nur Reparationsfragen besprochen werden sollen, und der aus dem Herzbegehrten französische Kriegsminister Poincaré energisch den Selbst-Standpunkt der Abrüstungs-Konferenz verteidigt, blieb der deutsche Verlust, die Lausanner Konferenz zu einer großen Klaustration des Krieges auszugestalten, leider ergötiglos.

Daraufhin wurde schon in den Vermittlungssprechungen damit begonnen, einen Vertragsgestaltung zu erwirken, der weder die deutsche Seite angesichts politischen Fragen noch die politischen Probleme berührt, die Frankreich anfangs in Lausanne geregelt sehen wollte.

So ist die französische Delegation zum Beispiel mit der Teilung der Bonds in zwei verschiedene Serien, deren eine zu 90 und die andere zu 10 n. h. begeben werden sollte, bisher nicht einverstanden. Auch über die Verfallfrist, die nach den deutschen Vorschlägen zehn Jahre betragen sollte, damit die Bonds nicht endlos lange auf dem deutschen Kredit drücken können, ist noch kein Einverständnis erzielt, und man verlangt auf französischer Seite zwanig Jahre als Endfrist. Weiter war zum Beispiel in den französischen Vorschlägen die Bestimmung enthalten, daß nach fünf Jahren der Ausgabebetrag der Bonds herabgesetzt werden kann und daß dann, wenn die deutsche Regierung ihre Zustimmung ablehnt, ein Schiedsgericht darüber entscheiden soll. Dagegen hat man auf deutscher Seite sehr ernste Bedenken, weil gar nicht klar ist, nach welchen Grundsätzen dieses Schiedsgericht entscheiden sollte.

## Wo stehen wir?

Von Dr. h. c. SCHLANGE-SCHÖNINGEN, Reichsminister a. D.

Der Aufforderung der Redaktion, in den Spalten dieser Zeitung einiges über Agrarpolitik zu schreiben, komme ich mit Vergnügen nach. Liegt es doch sehr langsam in der Gesamtrichtung meiner öffentlichen Tätigkeiten, unbeschadet grundsätzlicher abweichender politischer Anschauungen und Meinungsverschiedenheiten, mich jedoch gern gerade mit denen auseinandersetzen zu lassen, die bereit sind mit gutem Willen der Sache zu dienen. Denn das Unglück Deutschlands im Gegenlicht zu allen anderen Völkern, namentlich zur englischen Welt, liegt ja wohl in allen Teilen dessen begeben, wie es schon Tacitus in seiner „Germania“ anbeutet: „Die Deutschen kann man sich selber überlassen, die reiben sich gegenseitig auf.“

Das System des heimelichen Kampfes mit der ungeschickten Parteiung des Gegners fördert uns nicht. Auch haben tausendfach wiederholte Versuche in derjenigen Presse keinen Zweck, die hauptsächlich nur von den eigenen Berufsgruppen geleitet wird. So möchte ich den Versuch machen, auf allen nur zur Verfügung stehenden Wegen mit sachlichen Darlegungen an die meinem Berufsstand fernere stehende Masse der Verbraucher heranzukommen — grade jetzt; denn niemals vielleicht hat sich die Landwirtschaft in so unmittelbarer Lebensgefahr befunden; mit ihr das deutsche Volk.

\*

Nenn man zurückdenkt an die Vorkriegssituation, so wird man sich erinnern, daß in me r schwerer Gegenseite in den Aufstellungen zwischen Stadt und Land bestanden haben. Das war verständlich, weil die deutsche Seite der Industrie stämmen schon damals unter dem Schlagwort: „Egoyort, der Bund der Landwirte unter dem Schlagwort: „Binnenmarkt“. Die Landwirte stritten für den Zolltarif, die Arbeiter für den Lohnsatz, „Arbeitsruhen“, und „Schlichterone“ waren wesentliche Bestandteile des parteipolitischen Worterbuchs, und die Liebertrübungen der Wahlkämpfe trugen zu jener Zeit schon ihre munderbaren Blüten.

Aber das war damals zu ertragen. Denn der Wohlstand stieg in allen Schichten und Händen, und selbst für die Gegenseite der Aufständischen konnten keine explosive Kräfte gewonnen werden. Bei gemäßigtem Aufschwung der Industrie, der doch auch im großen und ganzen die Löhne der Arbeiterschaft mit zog, und nur eine ganz geringe Zahl von Arbeitslosen übrig ließ, die von der Allgemeinheit leicht zu tragen war, hatte auch der Landwirt kein, wenn auch nicht hochvermerkt, so doch bei leblicher Wirtschaft einigermaßen gelidertes Einkommen. Der Gesamtanbruch Deutschlands im Rahmen einer mehr oder weniger ungestörten Weltwirtschaft schaffte den natürlichen Ausgleich zwischen den Gegenseiten der Berufsstände und ließ die Auseinandersetzungen die Grenzen des Erträglichsten nicht überschreiten, weil Einzelmaßnahmen gegebigerer Art, die für den einen Berufsstand getroffen wurden, niemals so tiefgreifend zu sein brauchten, daß sie an dem Lebenswert eines anderen rührten.

Denn kam der Krieg, mit ihm, nach dem ersten Anbruch und der fimmellosen Verfrüderung von Vorkriegen, sehr bald die Nahrungsnot, etwa von 1916 ab die Nahrungsnot. Zum ersten Male wurde dem deutschen Volk der Wert der bodenständigen Agrarproduktion als unerlässlich lebenswichtig vor Augen geführt — wir sollten das ja die Zukunft nicht verpassen. Und zugleich mit der Verknappung der Lebenshaltung, mit Prearkate und Zwangswirtschaft kam die deutsche Einheitsstimmung in Gefahr. Wenn es, was für den Städter schwer zu ertragen, daß er den Landwirt, dessen eigene Rufe ihm recht fremd geworden waren, sich wenigstens noch soll essen las, während er selber für seine Kinder ein halbes Brot oder etwas Fett mühsam zu erharnten suchte. Und gewiß ist auch later et extra muros genau gelidigt worden. So mehr die Not stieg, desto mehr verdrängten sich die Gegenseiten; sie erreichten ihren Höhepunkt während der Blockadezeit, die nach dem Zusammenbruch und bauerten unverbunden an des etwa zum Ende der Infektion.

Denn tar leste ein gewisser Umbruch ein. Die Menschen bekamen wieder ausreichend zu essen, ohne es sich in großen Landwanderungen zusammenholen zu müssen. Die Arbeitslosigkeit war noch gering; die Scheiteltide der Weltkonjunktur künftige auch Deutschland lange Zeit über das schlimmste seiner Lage hinweg. Sich erinnern mich noch lebhaft der Ausführungen eines deutschen Großindustriellen, der sich auf Grund des englischen Vergarbeitsvertrags in jantshigen Vorbegehungen über den kommenden deutschen

## Staatspartei im Wahlkampf selbständig

### Beschluß des Vorstands — Aufstellung der Reichsliste

Der Parteivorstand der Deutschen Staatspartei ist am Donnerstag in Berlin zusammengetreten, um die letzten Beschlüsse über die Stellung der Partei im Reichstagswahlkampf zu fassen. Es ist beschlossen worden, im ganzen Reich selbständig und ohne Vernetzung in den Wahlkampf zu gehen.

Die Feststellung der Kandidaten für die Reichsliste hatte folgendes Ergebnis: An die Spitze der Reichsliste wurde durch Affirmation der bisherige Parteiführer und Reichsfinanzminister A. D. Dietrich gestellt, an zweiter Stelle steht der bisherige Reichslandsbauernrat L. Ziemer, an dritter Stelle Frau Marie Elisabeth Wüders, an vierter Stelle der frühere preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wilhoff.

\*

Obwohl der Beschluß des Vorstandes der Deutschen Staatspartei den Bedenken mancher ihrer Anhänger Rechnung trägt, die in einer Vernetzung mit der Sozialdemokratischen Partei eine Verschärfung ihrer Arbeit als Rekrutierung des freiwirtschaftlichen Bürgertums für die Zukunft

sehen, als Marschrouten für den gegenwärtigen Wahlkampf ist er nur schwer zu verstehen.

Vor der Freireiungswahl waren die Dinge insofern anders, als die Konsequenzen einer Striktion der Staatspartei Anhänger noch nicht zu überlegen waren. Dieses Mal ist die Lage erheblich klarer. Es war die Möglichkeit gegeben, ohne irgendein intellektuelles Opfer die Stimmen der Staatsparteilichen Wähler durch ein tedsches Abkommen mit einer großen Partei restlos zu verwerten. Diese Möglichkeit ist nicht ausgenutzt worden. Damit kann die Zulage wohl kaum gehalten werden, daß bei der Reichstagswahl seine Stimme der Staatspartei verloren gehen würde.

Was das für die große Entscheidung bei dieser Maß bedeutet, liegt auf der Hand: viele Anhänger der Deutschen Staatspartei werden es zweifellos fest vorziehen, in den ungewissen Wahlkreisen die Spitze ihrer eigenen Partei zu wählen, sondern ihre Stimme dort in die Waagschale zu werfen, wo es am wirksamsten zur Umkehr der Gefahren, die den republikanischen Parteien gemeinsam drohen, zur Geltung gebracht werden können.



# Bedrohte Pressefreiheit

Protest gegen die Verbote des „Vorwärts“ und der „Kölnischen Volkszeitung“

Der Geschäftsführende Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat in einer Sitzung am Donnerstag folgende Entschlüsse gefaßt:

„Die deutsche Presse steht vor den ersten Zensurverboten auf Grund der neuen Notverordnung vom 14. Juni 1932. Ohne zu den Tatsachen hin, die auf diese Verbote geführt haben, politische Stellung zu nehmen, erklärt der Reichsverband der Deutschen Presse, in dem die Abwehrkräfte von deutschen Tageszeitungen der verschiedenen politischen Richtungen zusammengefaßt sind, von neuem, daß Zensurverbote weder geeignet noch erforderlich sind, um staatliche Notwendigkeiten zu sichern. Trotz der vorgenannten Absicherungen bildet die Zensurung in ihrer neuen Fassung eine schwere Gefahr für die Unabsehbarkeit der verantwortungsbewußten Presse, die ein unentbehrliches Glied der politischen Meinungsbildung ist und darum einen wichtigen Lebensinteresse der Nation entspricht. Der Reichsverband der Deutschen Presse fordert deshalb erneut die Beilegung von Bestimmungen, die in ihrer Auswirkung unzulässig sind und eine mit dem Grundgesetz der Pressefreiheit unvereinbare Beschränkung der deutschen Presse in idealer und materieller Hinsicht darstellen.“

## Baden wollte nicht verbieten

Der Reichsminister des Innern hat den badischen Innenminister erlaßt, die Tageszeitung „Donaubote“ in Donauvesinghen auf fünf Tage zu verbieten. Anlaß zu diesem Erlaß gab ein Artikel in Nr. 145 vom 1. Juni 1932, in dem eine Beschimpfung und böswillige Verleumdung des Reichsinnenministers erörtert wurde. Der badische Innenminister hat diesem Erlaß nicht entsprochen und die Entscheidung des Reichsgerichts angetrieben.

## Die Grotesk-Fantastik der Pressefreiheit

Die groteske Abkündigung der Nationalsozialisten im Landtag für den aus Paragrafen erdachten Rechtsformalismus Antrag, das von Reichs wegen erlassene Verbot des „Vorwärts“ von Landes wegen aufzuheben, ist hier bereits geläufig charakterisiert worden. Einen unfehligen Beitrag zur Selbstcharakterisierung liefert der „Angriff“. Dieses Blatt der eben noch als Fanaliker der Pressefreiheit aufgetretenen Nationalsozialisten beschränkt sich darüber, daß der „Vorwärts“ ein „Internes des Berliner Parteiparlamentarismus“ gewesen ist, das er vor einiger Zeit gestrichelt hat, jetzt als Sonderdruck verbreitet. Der „Angriff“, der selbst nur wenigen Tagen, während seines letzten Bestehens, eine neue Goebbels-Rede als Sonderdruck mit seinem Zeitungsstempel herausbrachte, behauptet, dies wäre eine Umkehrung des Verbotes und ruft nach dem Reichsinnenminister.

So wachen die Nationalsozialisten über der materiallosen Durchführung des Verbotes, dessen Aufhebung sie jedoch im Landtag beschließen haben.

## Aufruf an die Bayern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
MÜNCHEN, 7. JULI

Die bayrische Volkspartei veröffentlicht heute abend ihren Aufruf zu den Reichstagswahlen, in dem es u. a. heißt: „Als Kampfbild hätte das Parlament zu einem staatlichen Gemeinwohl dienen, dessen oberstes Gesetz der christliche Götze der Volk ist, der allein Herr ist der Welt. Das ist das Ziel aller nationalsozialistischen Parteitätigkeit. Erhaltung der vollen menschlichen Freiheit sowie Verwirklichung einer lebensvollen, vollen, christlichen und deutschen Demokratie. Wenn auch die bayrische Volkspartei für eine zeitgemäße Reform des überlegenen Parlamentarismus sei, für eine verfassungsrechtliche Befestigung des persönlichen Führerbestandes im Staat, so werde sie doch immer an der Notwendigkeit einer echten Volkserziehung festhalten.“

Staatsrat Schäffer, der Landesoberführer der bayrischen Volkspartei, erklärt heute abend einen Aufruf zur Stärkung der „Volkspartei“ der katholischen Kautzler gestifteten Jugendorganisation. Nachdem durch die Reichsregierung die Straße den Parteijüngern preisgegeben worden sei, ererbe sich für die bayrische Volkspartei die Notwendigkeit, der Bewirtlichung des Selbstgedankens in ihren eigenen Reihen erhöhtes Augenmerk zuwenden. Die Partei sei nicht gewillt, die Straße dem Terror einer durch maßstablose Demagogie aufgepöpelten Partei-Mehrheit auszuliefern. In diesen Tagen seien Tausende zur „Volkspartei“ geflohen. Die Beschaffung einwilliger Meinung für diese Jugendorganisation sei notwendig.

## Das schlechte Gewissen

Die sozialdemokratische Presse wendet sich mit begründeter Schärfe gegen die verkehrte Seite, die neuerdings wieder von den kommunistischen Parteibürokraten gegen die Eisenne Front geschieht wird.

Das „Rotblatt für Ebnath“, das während der Verbotshandlung des „Vorwärts“ in Berlin verbreitet wird, weiß insbesondere auf die Kampfer der „Roten Fahne“ hin, die weitgehend mit der Presse der Nationalsozialisten behauptet, die Sozialdemokratie habe Anstand und Sanges in Deutschland geschaffen. Ebenso feindselig sei die Behauptung, die sozialdemokratischen Führer seien zu Wohl und Gelingen gekommen, „am Ende der Welt“. Die Partei solle nicht die „Eisenne Front“ der Arbeiter zu zerbrechen. Die falsche Übung des nur ein Vergleich, sie seien ohne Druck und die Behauptung der nationalsozialistischen Propagandisten, daß ihre Partei Gegner der Hitler-Notverordnung sei. Nichtsdesto weniger, die Taktik des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, einem Kampf in den Rücken zu fallen,

# „Genutzung mit Brachialgewalt“... droht Kube im Landtag an

... droht Kube im Landtag an

Der ruhige Fortgang der Aussprache über den Verzug im Landtag hat offenbar das Propaganda-Bedürfnis der Nationalsozialisten um wenig herabgesetzt. Sie hielten es jedenfalls für notwendig, die sachliche Debatte gefolgt durch einen heftigen Angriff auf die Sozialdemokraten zu führen, der fast zu einer Schlägerei geführt hätte. Bei der Gelegenheit hat der Fraktionsführer der R.S.D.L.P. auch noch einmal erklärt, was es unter Parlamentarismus versteht.

Der Zwischenfall spielte sich so ab, daß der Abg. Kube (Nat.Soz.) nach einer Rede des Abg. Stangier (Nat.Soz.), bei der die Sozialdemokraten einige Zwischenrufe gemacht hatten, das Wort zur Geschäftsordnung verlangte, um im Ton höchster Erregung zu erklären: „Wer ist nicht gewillt, länger unsere Redner, die als deutsche Redner von den Parlamentarierinnen sprechen, durch Zwischenrufe stören zu lassen. Wie sagen Ihnen hiermit, daß wir uns künftig mit Brachialgewalt Genutzung verschaffen werden. Diese Worte wurden von förmlichem Beifall der nationalsozialistischen Fraktion, die fast vollständig im Saale war, begleitet.“

Darauf rief der sozialdemokratische Abg. Meier-Berlin dem Abgeordneten Kube zu: „Aber Sie dürfen uns hier beleidigen!“

Kube erwiderte: Sie Herr Meier sind einer der Schlimmsten überhaupt, und mit Ihnen werden wir noch abzurechnen.“

Als diesen Worten machte ein Teil der nationalsozialistischen Abgeordneten Anstalten, auf den Abgeordneten Meier, der in der vorherigen Reihe an seinem Platz stand, loszugehen. Nur der Tatsache, daß inzwischen der Abgeordnete Oberzog (Soz.) das Wort erhielt und seine Rede begann, war es zu danken, daß dieser Zwischenfall ohne weitere Folgen verlief.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Kautz hielt es nicht für nötig, in den Konflikt einzugreifen. Erst am Schluß der Sitzung rief er den Abg. Kube wegen der Äußerung über die „vollgegriffenen S.P.D.-Wagen“ zur Ordnung und erklärte, die Androhung von Brachialgewalt könne er nicht billigen; er würde dem gegenüber die Präsidialgewalt einsehen.

## Was wird mit Grube Wenzelsaus?

In der Debatte wandte sich Oberbürgerbaupmann Hleming als Vertreter der Regierung gegen den Ausschlußbeschl. der von der

## Neue Amnestie-Vorlage vom Staatsrat verabschiedet

Der Preussische Staatsrat hat gestern seine Amnestie-Vorlage in der Ausschluß-Fassung unter Ablehnung kommunistischer Änderungsanträge gegen die Stimmen des Zentrums und der Kommunisten angenommen.

Dr. Galpari-Berlin (Arbeitsgemeinschaft) berichtete über die Ausschlußberatungen. Es lagen den Ausschlußmitgliedern die Beschlüsse der Kommunisten und der Fraktion Arbeitsgemeinschaft, dessen Wortlaut wie mitgeteilt haben, ist im Ausschluß im wesentlichen angenommen worden. Er wurde ergänzt durch die Zurechnung der Sozialdemokraten, Straffreiheit auch zu gewähren, wenn der Täter im Zusammenhang mit kollektiven Wirtschaftskämpfen straffällig geworden ist. Bei vielen Redneren lag Straffreiheit nicht eintreten, wenn eine im öffentlichen Leben lebende Person im Sinne der Notverordnung des Reichspräsidenten betroffen worden ist.

der durch das „Kabinett der Barone“ auf fünf Tage mundtot gemacht sei, genue nicht nur von mangelnder Solidarität im Kampf gegen die Reaktion; sie enthielte auch ein schlechtes Gewissen.

## Doch härterer Nüchternung der Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der zweiten Hälfte des Monats Juni hat die Befürchtungen, die auf Grund der geringen Entlastung von nur 14 000 in der ersten Hälfte gerechtfertigt schienen, glücklicherweise nicht bestätigt. Die fallomonische Entlastung, die in der ersten Monatshälfte durch Verflechtungen in den überlegenen konjunkturabhängigen Berufsgruppen überbietet wurde, hat sich weiter durchgesetzt und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um insgesamt 107 000 im Monat Juni bewirkt.

Im Vergleich zum fallomonischen Tiefpunkt des Vorjahres, der im Juni erreicht wurde, betrug in diesem Jahre die Gesamtbeschäftigung lediglich um 1 393 000 höher. Die Frühjahrsentlastung belief sich im Vorjahr auf über 1 Million, während sie in diesem Jahre nur 653 000 erreichte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung stellt sich jetzt auf 941 000. Damit ist ein weiterer Rückgang und zwar um 62 000 eingetreten. In der Reihenfolge befinden sich Ende Juni 1 544 000 Arbeitslose. Das bedeutet einen Rückgang um 29 000. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß die Zahl der Wirtschaftserwerbsfähigen wiederum weiter sinken wird.

Die Bewegung um dem Arbeitsmarkt verläuft sich nicht in allen Bereichen gleichmäßig. Soweit Berichte der einzelnen Landesarbeitsämter bisher vorliegen, betrug der Rückgang im Bereich des Landesarbeitsamtes Oldenburg in der zweiten Junihälfte 46 000, im Bereich des Landesarbeitsamtes Westfalen 6841, im Bezirk des Landesarbeitsamtes Südbadensachsen, Baden und Württemberg 6871 und im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien rund 4500.

Staatsregierung die Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Fortführung der Arbeitslosenarbeiten auf der Wenzelsausgabe zu fordern. Gegen die Fortführung dieses Vorhabens werden die von der obersten Reichsbehörde, sondern auch der belehrenden Reichsbehörde und schließlich die Landtage, daß die Fortführung keine Verminderung, sondern lediglich eine Verkleinerung der Arbeitslosigkeit auf andere Gebiete bedeuten würde.

Der Regierungsvertreter hat darum, daß der Landtag die Staatsregierung aus menschlichen, wirtschaftlichen und grenzüberschreitenden Überlegenheiten möge bei ihren Fortsetzungen auf Verzichtung der durch Stilllegung der Grube arbeitslos gewordenen Arbeiter.

Abg. Arsch (Ztr.) trat ebenfalls für schärfende Anhebung der arbeitslosen Verarbeiteter der Wenzelsausgabe ein. Weiter sagte die neue Reichsregierung hier nicht die notwendige Einsicht.

Die Aussprache soll heute fortgesetzt werden. Vorher wird die neue Amnestie-Vorlage des Staatsrates beraten. Beginn 11 Uhr.

## Zentrum und Otto Braun's Immunität

Es ist aufzufallen, daß sich das Zentrum in der Sitzung des Geschäftsratsausschusses des Reichstages Landtag am Mittwoch mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammen für die Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten Braun aus sprach, um Wolff größt Teil Gelegenheit zu geben, Otto Braun wegen seiner Vorkriegsrede zur Verantwortung zu ziehen. Wie erfahren hierzu bedächtigend, daß im Geschäftsratsausschuss von den fünf Zentrumsgesandten nur zwei für die Aufhebung der Immunität von Otto Braun gestimmt haben, während drei Zentrumsgesandte sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben. In der gestrigen Fraktionsberatung des Zentrums hat diese zustimmende Haltung der zwei Zentrumserwählten zu einer ausführlichen Aussprache Anlaß gegeben. Die Fraktion hat dann mit großer Mehrheit beschlossen, von dieser Haltung der beiden Abgeordneten abzurücken und in der Freitagssitzung durch den Abgeordneten Weilermann zum Ausdruck bringen zu lassen, daß das Zentrum gefolgt gegen die Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten stimmen wird.

den ist. Die Höchstgrenze der Strafen, die der Amnestie unterliegen, auf 6 Monate Gefängnis festgesetzt worden.

In der Aussprache lehnte Torgler (Komm.) die Beschlässe des Verfassungsausschusses ab. Von der Amnestie bleibe herzlich wenig übrig.

Dr. Breitenstein (Ztr.) gab folgende ablehnende Erklärung der Zentrumserwählten: Jede Amnestie ist eine Unterbrechung der normalen Rechtsprechung. Wenn das Rechtsverständnis eines Volkes sich nicht verändert haben soll, dann dem Bewußtsein einer Amnestie nur unter ganz bestimmten Umständen Vorbeugungen nützlich zu sein. Nach Auffassung der Zentrumserwählten sind diese Voraussetzungen gegeben, die in diesem Augenblick ein Amnestiegesetz rechtfertigen könnten. Die Zentrumserwählten spricht sich deshalb gegen den vorliegenden Entwurf aus und lehnt ihn ab.

Es ist fast davon überzeugt, daß eine Amnestie gegenwärtig nur die Elemente der Straße stärken würde, die durch ihre täglichen Ausschreitungen ohnehin schon die öffentliche Sicherheit ernst gefährden und dem Ansehen des deutschen Volkes schweren Schaden zufügen.

## Thüringer Regierung zurückgetreten

WEIMAR, 7. JULI

Die thüringische Landesregierung hat heute nachmittags ihren sofortigen Rücktritt beschlossen, weil bei der Beratung des Staatsratsbeschlusses für 1932 von Landes Beschluß gefaßt worden ist, die durchgeführte die Regierung nicht in der Lage sei.

Es handelt sich dabei um sozialdemokratische Antrag, u. a. auf Beilegung der in der März-Frist eingeführten thüringischen Sonderbesteuerung für die Konsumsteuer und einer Verordnung vom 20. April dieses Jahres, durch die im Lande Thüringen der Mittelerschlag so gut wie ganz aufgehoben worden ist. Die beteiligten Interessententeile haben in den letzten Tagen gegen diese Landtagsbeschlüsse beziehungsweise ihre Durchführung nachdrücklich protestiert. Der Landtag wird nun in Räte zusammenzutreten und zu der neuen Lage Stellung nehmen müssen. Voraussichtlich werden sich Landtagsneuwahlen kaum vermeiden lassen.

## Bremer Kolonial-Chrennal

In Bremen ist ein Kolonial-Chrennal, ein Werk des Wündersee Professors Dehn, feierlich entziffert worden. Das Chrennal, das sich über einer Kappa erhebt, hat die Gestalt eines Elefanten, zwei Wündersee trägt der Kopf des Elefanten, eines gilt dem Obersten des Reiches des deutschen Kolonialgedankens, dem Bremer Franz Dr. W. Lüderig, das andere dem Führer der deutschen Kampfgruppen in Afrika General Leutenants-Borch.

## Ganz wie bei uns ...

Im räumlichen Wohlstand wurden ein frühere liberale Genoten und ein regierungspolitischen Chabrot gefaßt, ein Gesamtamt befehlungslos verfaßt. Die Oppositionellen haben an den König ein gemeinames Parteiprogramm geteilt; sie fördern Wohlhaben gegen den Wohlfahrter.

# Danzig in der polnischen Frage

Von GUSTAF KAUDER, Sonderberichterstatler der Vossischen Zeitung

Der Kampf, den Polen seit Jahren gegen das deutsche Danzig führt, hat in den letzten Monaten eine weitere Verschärfung erfahren. Wieder einmal hat der Völkerbundrat festgestellt, daß „prinzipiell“ Danzig im Recht sei, wenn es sich die theoretischen Genfer Sprüche hindern die Polen nicht, ihren Vernichtungskampf fortzusetzen, der Danzig ruinieren und seine

möglich, falls in der Dittie, die oberhalb sein Veltmer ist, ist nicht nebenander zwei Säulen gedeihen können, selbst in den besten Zeiten nicht. Göttingen aber, das hundertprozentig nationalpolitische, wo hunderte und hunderte Millionen Flots (oder vielmehr französische Franken) investiert werden, kann nicht ewig unkontrolliert werden, es muß zur eigenen Blüte gebracht werden — um den Preis des Danziger Marschens. Heute wollen die Polen nur noch Danzigs Tod — das ist ganz einseitig.

## Göttingen oder Danzig...?

Dieses Göttingen ist zweifellos in seiner Art eine der „amerikanischsten“ Sentationen Europas. Vor zehn Jahren ein Fischerdorf von 400 Einwohnern, heute eine Stadt von fast 40.000 Bewohnern, mit bei allermodernen Anlagen und in diesem wild aufgeschossenen Gewirr von Alt- und Neubauten, von Sechshöflichkeit und Strohdächern, von Viehwegen und Schnellstraßen ist nach lange keine Besichtigung und Besichtigung zu erkennen. Dabei haben ja die Danziger die Göttinger Göttingen nicht idiosyncrasisch erlebt. Sie sind rechtzeitig aufgewacht, haben den Polen jeden Formidandum genommen, daß für irgendein Bedürfnis des polnischen Handels Danzig unzulänglich sei. An den Baltischen, an den 20 Kilometer Reis der (flingt es omnia?) toten Weidjagd stehen wunderbar neue Lagerhäuser, Arrangements, riesige laufende Bänder, die eine ganze Flotte die Stunden besetzen könnten um. Aber fast alles, was die Danziger fordern, haben die Polen in Göttingen so gleich überboten und verdrängt. Wenn man heute die „Kapazität“ von Göttingen und Danzig summieren würde, so läme man heute schon zu Giffern, die beinahe für Bremen genügen würden!

## Fälische Argumente

Die Sache Danzigs wird bei uns in Deutschland fast immer fälisch argumentiert. Zu allererst kommen wir immer mit dem Argument von Danzigs Deutschtum. Aber davon braucht man doch gar nicht zu reden, und um kein Deutschtum braucht man zu allererst besorgt zu sein. Gesehen Sie doch heute nach zwanzigjähriger Abwesenheit, durch diese wunderbare Stadt und suchen Sie an diesem Dutzend schöner weißer Architektur irgend etwas zu finden, was heute polnischer wäre als vor zwölf Jahren. Seit diese Stadt existiert, war sie nur deutsch, und die „historischen“ Forderungen Polens haben sie selbst in Versailles keine Anerkennung gefunden. Selbst in Versailles hat man sich nicht entschließen können, Bodenbesitzrechte bis zur Völkerveränderung zurückzugeben, hat man sich nicht entschließen können, ein Polen ein Jahrhundert altes Haus zuzupreisen, bloß deshalb, weil vor der Errichtung dieses Hauses auf diesem Grunde polnische Käse gegeben haben worden. Man hat Danzig nicht aus irgendeinem Zweifel an seinem Deutschtum, sondern nur aus dem einen Grunde von Deutschland abgetrennt, um dem neuen „Reich“ ein „Freies und geistreiches“ Zugang zum Meer zu geben. Das ist natürlich auch eine totale Fehlschlusstrategie. Auch der neuen Zischhofmotel hat Deutschland einen durchaus freien Zugang zum Meer ermöglicht, ohne ihr deshalb... Hamburg abtreten zu müssen. Und es hat darum noch nie den kleinsten Streit zwischen Berlin und Prag gegeben, während zwischen Danzig und Warschau noch nie Frieden geblieben hat!

Dahin muß sich die Argumentation für Danzig wenden, und nicht zu seinem Deutschtum. Das „deutsche“ Argument ist fälschlich — das muß man einmal offen sagen, nachdem es Danzigs Vizepräsident kürzlich selber schon schäudernd andeutete. Seit Danzig lebt, ist es deutsch, solange es lebt, wird es deutsch sein — aber nur solange es lebt. Den Polen kann ein totes Danzig gleichgültig und sogar willkommen sein — aber mit der Forderung nach Danzigs „Völkerveränderung“ können wir Danzig kein Leben bieten. Man darf sich vor brutalen Polens nicht die Augen schließen. Was ist Danzig ohne sein natürliches Hinterland, die entstrichen Provinzen Pommerns, Polens um? Nur die vollständige Korrektur der neuen Ökonomie, das Danzig eine Lebensfähigkeit in Deutschland wieder. Erst dann — aber wenn wird das sein? Wir haben einmal vom „Saisonnat“ Polen geträumt, heute müssen wir doch wohl gebührender rechnen — langamer vielleicht, als es Danzigs schon begonnener Todesprozeß noch erlaubt.

## Verfallenes, Verfallenes!

Von allen Forderungen des Verfallenen Vertrags ist Danzig gewiß eine der übelsten. Man muß den Völkerverbund, dessen direkter Beschützer Danzig heute ist, nicht Danzigs Deutschtum beweisen, sondern die nicht mehr ablegbare polnische Todesdrohung gegen Danzig. Polen verletzen alle Verpflichtungen, die ihm aus dem Warschauer Völkervertrag und dem Berliner Vertrag erwachsen sind, z. B. alle Verbindlichkeiten im Handelsrecht... werden Danzigs Handel und das polnische Einfuhrverbot, vollständige Auslieferung Danzigs aus dem innerpolnischen Handel, direkter Boykott! Ferner Zoll-Distinktionierung gegen die Danziger Sm- und Exporteure, Monopolisierung polnischer Unternehmen und ad hoc geschaffener Subsidie für

den Handel in Getreide, Zucker, Düngeeffekten usw. um. Ganze Handelsgebiete Danzigs, vom Reis und Schmalz bis zum Seering und schon vollkommene zum Erliegen gebracht worden. Wenn erst der fähige (und rein strategische) Wärbau, die „Röhlenmagazine“ von Stettin nach Göttingen fertiggestellt sein wird (ausgebildetlich heißt das, die ganze Strecke von Stettin nach Göttingen) wird Danzig auch ein polnische Kasse mehr sehen. Und an die andere Verpflichtung, die Polen übernommen, den Danziger Hafen „voll auszumachen“, kehrt es sich seit dem Ausbau Öbingsens erst recht nicht, läßt sogar, unter niedrigen Streitoberwinden, eine Seiderröhrerleitung lieber noch in Vibau als auf der Danziger Seite (Aufstufungsbeauftragter General Ve Mond) ausführen. Der Ausbau Öbingsens befindet den einzigen Grund, warum Danzig und Polen nicht ein „Polonium“ vereinigen werden. Polen braucht und gebraucht heute Danzig nicht mehr als freien und sicheren Zugang zum Meer.

## Umschwung der Verzwiefelung?

Und so kommen die Danziger, insbesondere wirtschaftliche Kreise Danzigs, zu der Forderung, daß Danzig aus dem Völkerverbund mit Polen entlassen wird. Dies erhebt ihnen selbst nicht als die entgeltliche Lösung des Danziger Problems, aber als die zunächst vordringlichste.

Der Zeitpunkt für eine solche Revisions-Anmeldung ist geeignet. Das zehnjährige Danzig-Warschauer Abkommen vom 1922 ist zu Ende. Die Zoll-Linie ist feiner gezogen, werden, beide wollen sie damals überhaupt nicht, und beide wollen sie heute nicht in dieser Form verlängert sehen. Polen fordert, daß Danzig auf alle seine Privilegien, die Eigenbedarfsskontingente, den Verlebensverehr, die „nationalisierten“ Waren, auf seinen Zollfreibrief (der heute ein Zugsgebiet ist) und womöglich auf seine eigene Gültigkeit verzichte. Das bedeutet nichts anderes als Einmischung. Die hat man Polen schon einmal abgelehnt und muß sie heute um so mehr ablehnen, als Einverlebung das freie Lebensrecht von Danzig wäre.

So bleibe nur die klare Trennung. Der Freiland Danzig müße vom Völkerverbund neutralisiert werden. Dann erst könnte Danzig etwas für seine Lebensrechte tun: es könnte kein Danzigs Gebiet als freihandelsgebiet oder besser als „abgelassenes“ freihandelsgebiet erklären. Damit wäre Polens „Bog nach oben“ in seiner Weise vereinfacht, und seine Stellung in Danzig wäre genau die gleiche wie die jedes anderen Landes. Und es wäre keine Verfallener Verpflichtungen gegen Danzig übrig, die es heute ablehnt, und die es daher moralisch und diplomatisch beizuhalten behält. Und für Danzig, für dessen Fortleben der Völkerverbund direkt unerlässlich ist, wäre dann wenigstens eine erste, periodische Ergänzungsliste geschaffen.

Die Danziger Wirtschaftskreise, die diese Forderung vertreten, können sich sogar vorstellen, daß der Völkerverbund selber Danzig, wenn er es neutralisiert, auch zum freihandelsgebiet erklärt. Es wäre ein Völkervertrag, zu dem die Zeit gebührender dränge. Den Verfallener der heutigen Völkerverträge in der Welt erneut fertig, befragt gegen die Regierungen, Minister, Wirtschaftsgremien aller Länder vorstellenden unaufrichtigen Mahnungen, Warnungen, Resolutionen — und dann werden die Zollmänner immer noch ein „Einzel“ oder „Ailes“ leicht haben — weil ein freihandelsgebiet Beispiel fehlt. Das kleine Danzig wäre das bestenfalls geeignete Verlebensgebiet auf die Frage nach den Verfallener und Modellen des freihandelsprinzips.

Die Danziger wissen sehr gut, daß damit vom Reichs-Staatsbank aus gesehen die Korridorfrage keineswegs gelöst ist. Aber sie glauben auch, daß durch eine solche Danzigs Zwangsneutralisierung die Diskussion des Korridorproblems ebenfalls kompromittiert wird. Nur sei das Korridorproblem ein zu langer Prozess, als daß Danzig ihn unter den heutigen Umständen noch durchziehen könnte. Und selbst wenn es handlungslos auch nicht als Danzigs „emige“ Zukunft vor — denn auch das freihandelsprinzip könnte in dem kleinen Danzig allein nicht dauernd bestehen, sondern nur zeitweilig leichtfertig werden — aber sie halten dies für die nächtmögliche, zeitlich notwendige und allgemein nützlichste Lösung eines unheilbaren Zustandes.

\*

Dies sind die wirklichen Klänge Danzigs. Es ist kaum anzunehmen, daß die Polen im Augenblick daran denken, die freie Stadt gewillt zu bestehen. Sie sind dabei, sie „in aller Eile“ zu liquidieren, und würden seine Staatsverfallener der Welt bei diesem Tun. Man braucht auch nicht Danzigs Zugeständnisse-Gebühl zum Deutschtum zu fälschen: das wirkliche Danziger Völkervertrag zum Beispiel ist der jährliche Besuch der deutschen Flotte in der Danziger Rede. Zur eins muß man unbedingt und schnellstens: Danzig aus dem polnischen Völkervertrag befreien. Das ist die direkte Pflicht des Danziger Schutzpatrons, des Völkerverbundes.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin  
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgebührens — Täglich: „Unterhaltungsblätter“ — „Finanz- und Handelsblatt“ — „Wöchentlich einmal: Die Zeitblätter“ — „Literatur- und Musikblätter“ — „Reise und Wandern“ — „Recht und Leben“  
Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

An einem Danziger Silberwarengeschäft gab es kürzlich einen erregten Disput zwischen dem Inhaber und drei polnischen Herren. Die Polen waren brandstiftende, „Gedverständige“, und es handelte sich um eine Zollkontrolle, der sich der Inhaber (nie noch ein paar andere Danziger Firmen) freiwillig unterziehen hatte. Polen und Danzig haben bekanntlich eine Zoll-Linie, wobei Danzig aber zur Erhaltung seines Eigentums das Recht besitzt, gegen die Kontingente von Rohstoffen, Verlebenswaren und fertigen Waren zollfrei einführen — für seine „Eigenbedarf“. Die Polen beunruhigen nun seit einiger Zeit, daß die Danziger mit diesem Privileg Mißbrauch zur Nieder-Sanktionierung der polnischen Wirtschaft treiben, sie beklagen sich über ihr „A o h i n P o r b e n e n“. Und sie beklagen den Danziger Handel mit Verlebenswaren und Zollkontrollen bei den polnischen Häfen von Danziger Waren (Heberische: Zoll-Linie) so tödlich würgende Spezialitäten ergreifen, daß ein paar Danziger Firmen, um Auslieferung zu schaffen, sich selber der vorerwähnten Zollprüfung unterwerfen.

Der Inhaber des Silberwarengeschäfts hatte wohl bald gemerkt, daß diese „Gedverständigen“ zugleich Vertreter seiner polnischen Konkurrenz, der Warschauer Firma Tschette, waren und sich besonders für seine Kundenlisten interessierten. Er zeigte trotzdem allen, was bezüglich der einwandfreien Herkunft und Beschaffenheit seiner Waren mußten sich die Kontrollierer nicht beruhsen. Aber sie machten eine andere Entdeckung: das Geschäft hatte ein so großes Lager von Silber-Epselecken, daß beinahe jeder der 40.000 und etlichen Danziger, vom Reis bis zum Götting, ein Epselecke kaufen müßte, um dieses Lager zu räumen. Und darum ging nun der Disput.

„Das nennt man hier also Eigenbedarf!“ schrien die polnischen Herren. „Es ist doch klar, daß Ihre Epselecke nach Polen gehen!“

„Das habe ich auch schon manchmal vermutet“, sagte der Geschäftsinhaber. „Aber was hat es dagegen tun? Ich halte mein Lager entsprechend meinem Umsatz. Ich habe ein offenes Geschäft. Wenn einer herinkommt und ein Dutzend oder auch 100 Dutzend Bedecke taucht, so habe ich nicht nur keine Pflicht, sondern nicht einmal das Recht, ihn zu fragen, wer er ist, woher er komme, wohin er die Ware bringen. Ich habe zu verkaufen — und damit basta. Wenn etwas Unrechtes geschieht, ist es nicht bei mir. Die Fehler sind ausschließlich in Ihren Köpfen oder in Ihren Handelsmethoden — die ja zum Schmuggel geradezu zwingen — aber sonstwo zu suchen.“

## Zollrecht und Boykott

Es war ein langer Streit, natürlich ohne Lösung. Die „praktische“ Lösung haben die Polen so gefunden, daß sie seit Wochen fast alle Danziger Waren, die nach Polen gehen, an der polnischen Grenze einfach beschlagnahmen. In Danzig gibt es z. B. auch Zwischenbanken. Ein Zwischenhändler kauft von einer Fabrik im polnischen Grenzland gewisse Schmuckstücke. Wenn will er die Stücke an die Bauern im polnischen Pommernland verkaufen: sie werden beschlagnahmt. Eine Danziger Schokoladefabrik stellt aus richtig verpackter Schokolade Dreierler her und sendet sie nach Polen. Sie werden beschlagnahmt. Fleischwurst, Beweiswürstchen, Entsalzungswaren, Schinken, Jertum einer untergeordneten Stelle, und endlich Freigabe — zu Pommern. Verkaufen Sie mal Dreierler zu Pfingsten! Was folgendes heißt, ist in Wahrheit ein freihändler polnisches Danziger Zollrecht, der augenblicklich um zu unbeschädigt tot, als bei den deutsch-polnischen Zollkontingents-Verhandlungen in Warschau die Danziger Eigenbedarfsskontingente von den deutschen Unterhändlern — vergessen wurden.

Jetzt müßten sich also rechtens ein gutes Dutzend hoher Staatsmänner der Weltgroßmächte, die im Völkerverbund sitzen, darüber unterhalten, wie groß eigentlich das Epselecke eines Danziger Silberwarenhändlers sein darf. Es ist der heile Himmel! „Selbst wenn es bis zu Unerschwinglichkeit nicht ausreicht, und keine Waren kämen die Herren zu dazu. Sondern immer nur wie es ist, der eine Betonung des „Prinzips“ und Rückverweisung zu direkten Verhandlungen. Und wenn Polen im „Prinzip“ auch zum zwanzigsten, und dreißigstenmal unrecht bekommt, damit ist den Danziguern nicht geholfen: der Zollrecht geht weiter, und Polen ist da immer der Stärkere.“

## Der Würgegriff

Über das Ziel der Polen ist sich die Danziger klar genug: Danzig ist einseitig getrennt zum Überleben gebracht werden. Das ist die einseitige Sanktionierung der Polen. Einmal wollen die Polen Danzig nicht bloß als freien Zugang zum Meer, sondern als vollständig souveräne Stadt haben. Weil ihnen das abgelehnt werden mußte (97 v. H. Deutsche), und weil sie deshalb Öbingsen gründeten, haben sie kein Interesse an Danzig. Dementsprechend: sie haben nur noch ein Interesse an Danzigs Verfall. Sie hoffen noch immer, daß ein polnisches Danzig polnisch wird, aber nur, um es ungehört umzuformen zu können. Was liegt ihnen an diesen 97 Prozent, sollen sie immer als Bettler nach Deutschland heimkehren. Es ist un-

# Technik hilft dem Bauern

## Neue Wege zur Arbeitsentlastung im Kleinbetrieb

Die hochbelasteten Bauern sind von den Landstrassen verschwinden. Genie und Maschinenführung gehen in die Weidgerei, die der Sommer als erstes Kornfeld und reif geerntet hat. Bald wird der Regen folgen, und eine e-g-n-e r-e-n-t-e, wie sie selbst die vergangenen glücklichen Jahre nicht brachten, heißt vor der Tür. Wo die Stadtrichter, Kartoffeln und Hüben, unter Trockenheit litten, haben sie sich in den letzten Tagen durch fröhliche Niederschläge erholt. Der Gärtler sieht nur den Reichtum der Natur, die ihn vor Mangel schützt, auch wenn unsere Armut die Lebensmittel-Einkauf nur dem Ausland noch weiter erschweren sollte. Für den Bauern aber beginnt jetzt die Zeit äußerster Kraftanforderung, einer Arbeit, die morgens um 5 Uhr beginnt und erst bei Dunkelheit endet. Jeder Zug Getreideflut mindert den Centnertrag, und heute muß mit jedem Pfennig gerechnet werden.

Für die großen Güter gibt es seit langem Maschinen, die einzelne Arbeitsgänge zusammenziehen und mit wenig Bedienung große Flächen bearbeiten. Für den Kleinbetrieb aber müssen erst Maschinen geschaffen werden, die seiner Eigenart angepaßt sind, die Billigkeit und Wirtschaftlichkeit vereinigen und die Arbeitskraft während der Ernte abgibt. Diese Maschinen sollen nicht neue Menschen schaffen, sondern unrationellen Verbrauch von Körperkraft und Zeit durch technische Hilfeleistung vermindern.

Das Reichsministerium für Technik in der Landwirtschaft (R.L.W.L.) ist auf dem richtigen Weg dazu. Der Bauer will nicht Prospekte und Vorträge geistführerlicher Agenten. Er will selber prüfen, nachrechnen, den Erfolg abwarten — dann erst ist er bereit, sein schweres Geld an eine neue Maschine zu wenden. Darum hat das R.L.W.L. sich zu einem praktischen Versuch im pommerischen Kreis Greifenhagen entschlossen. In den verschiedensten bäuerlichen Wirtschaften wurden auf zwei Jahre unentgeltlich solche Maschinen aufgestellt, die gerade den munden Punkt des betreffenden Betriebes heilen sollen. Nicht nur diese Maschinen werden gekauft werden, sondern auch Nachbarn und Freunde aus anderen Dörfern haben erkannt, daß die Technik dem Bauern helfen will und helfen kann. Und heute ist es ein großer Tag, an dem die Menge nicht die Politik, im Auf nach immer neuen und höheren Gütern, sondern durch Modernisierung der Produktion und sorgfältigsten Bedenken auch bei niedrigen Preisen ein Auskommen zu finden.

## Ein zufriedener Bauer

Ein altes Bäuerlein, nicht mehr so kräftig, aber noch jäh, mit vernünftigen Augen, zeigt stolz die Maschine, die auch seiner nachlassenden Kraft ein Weiterleben des Betriebes gestattet. In der Scheune übernimmt ein ganz einfach konstruierter elektrischer angetriebener Höhenförderer die Arbeit und schiebt sie hinauf bis unter's Dach, von wo sie auch mit weicher Stufenkraft ohne große Anstrengung auf ihren Platz gebracht werden können. Und zum Fortbringen des anliegenden Gutes gehen hinter dem Flug zu erproben, ist ein einfacher Schiffszug konstruiert worden, den der Alte noch lange weiter führen können. Während früher jeder Mann notwendig war, um einen schweren Sad zu heben, jetzt steht eine Universal-Sadbehälter mit einfachen Handgriffen dafür, daß der Alte sich selbst die schwere Last auf die Schulter legen kann. Eine Sandtröbbehälter, an der früher drei Leute tagen, bedient der Alte jetzt allein. Er hat wieder Lust, daß er noch auf lange Jahre seinem Hofe weiter vorziehen kann.

## Gedelmist

Für den Gärtler hat das Wort Mist eine sehr anstößige Bedeutung. Für den Bauern aber ist der Misthaufen ein Schatz, von dessen Umfang und Qualität die nächste Ernte zum guten Teil abhängt. Im modernen bäuerlichen Betrieb ist der Misthaufen nicht mehr eine Stätte von Schmutz, Flecken und Gestank, sondern fast ein demsches Laboratorium in dem nach den Gesetzen der Wissenschaft durch Druck und Wärme in sich selber die für die Ernte eine vollkommene Verrottung ohne jeden Verlust der wertvollen Düngeeffekte vorgenommen wird. Auch hier sorgt ein elektrisch angetriebener Höhenförderer für Arbeitsersparnis. Bei diesem Verfahren kann bis zu 50 v. H. Mistdünger eingespargt und die mit Stallmist gebundene Gläse erheblich erweitert werden.

## Entlastung der Bäuerin

Ein wesentlicher Grund für die Landflucht der jungen Mädchen ist die unangeheure Arbeitsbelastung der Bäuerin, die in zwei Jahrzehnten aus jungen Mädchen verarbeitete alte Frauen macht. Der Gärtler kann sich kaum vorstellen, was Sauboth und Viehhaltung, Milchwirtschaft und Wälderlauf für Anforderungen vom frühen Morgen bis in die späte Nacht stellen.

Jetzt endlich verläßt die Technik, die Vögelzeit in den Dienst der Bäuerin zu stellen, wenn auch in den meisten Gegenden die Strompreise noch nicht so hoch sind, um amerikanische Einrichtungen zu ermöglichen. Aber es werden doch wenigstens Versuche mit elektrischen Kochherden, elek-

trischen Wasserhebern und elektrischen Weltauschern gemacht, die man bisher nur in Großbetrieben angetroffen hat. Einen sehr guten Eindruck ergab eine leicht zu bedienende Kartoffelorterrormaschine, die das langwierige Auslesen der Kartoffeln für Verkauf oder Befruchtung erspart. Zur Konjunkturerleichterung der Futterernte befähigt während des Winters eine Dampfungstombe den ganzen Kreis, die in einem Arbeitsgang die Kartoffeln zum Einsäuern fertig macht. Auch jetzt im Hochsommer zeigt auch die primitiven

# Im Kampf gegen die Ausschreitungen

## Gzesinski über die Terror-Akte

Kam eine Nacht vergeht in Berlin, ohne daß zwischen den radikalen politischen Gegnern schwere Gewalttätigkeiten ausgetragen werden. Der Berliner Vizepräsident Gzesinski kam in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ auf die bedeutungsvollen Vorkommnisse ausführlich zu sprechen.

„In der letzten Zeit behauptet täglich die rechtsradikale Presse unter Beibringung angeblichen Materials, die Polizei leihe Aufgaben nicht mehr gemadigt, sie lude die Ausschreitungen gar oder belämpfe sie jedenfalls nicht mit der nötigen Energie. Daraus kann selbstverständlich keine Rede sein. Es ist einleuchtend, warum diese unzulässige Behauptung gegen die Berliner Polizei betrieben wird. Die Polizei ist heute ein ebenso zuverlässiges Instrument des Staates, wie sie es von jeher gewesen ist. Die Nationalsozialisten haben bei sich selbst daraus gemacht, warum sie den Forderung gegen die Polizei eröffnen haben. Es ist unerschütterlich, daß die Polizei in der letzten Zeit, zum 31. Juli die Berliner Polizei in den Händen eines Sozialdemokraten zu wissen.

Grade die Nationalsozialisten, die berüchtigt Bekämpfer sind, die Polizei reich zu Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht aus, sind es gewesen, die sich in den letzten Wochen, offenbar nicht unzufrieden mit der Zusammenfassung des von Front II im „Hilffischen Beobachter“ und von Guesels im „Angriffen“ demokratischen demokratischen Notwehrrechts in weit größerer Maße zu Gewalttätigkeiten haben hinzusetzen lassen als etwa die Kommunisten. In der Zeit vom 20. Juni bis zum 7. Juli sind 25 Feuerkräfte auf politische Gegner in Berlin verurteilt worden. In sechs Fällen waren die Kommunisten die Schuldigen, in 17 die Nationalsozialisten. Von den 100 Schüssen, die in dieser Zeit gefallten sind, haben zwei ihre Opfer tödlich verletzt, 25 Verwundete wurden zu befragen. Ich möchte meinem tiefsten Bedauern über die Opfer des politischen Kampfes Ausdruck geben. Das Auf-fällige aber grade bei den politischen Ausschreitungen der letzten Zeit ist das klare Zutagetreten von planmäßigen Terrorakten. In fünf Fällen sind Motorräder, in sieben Fällen Autos vor geeigneter Verkehrs-Zonen vorgefahren, aus denen blindlings, in der Nacht, Spreng- oder verletzende oder zu töten, durch Schaulustler und Türen hineingeschossen wurde.

Vier scheint es an der Zeit, einmal auf die Geschichte dieser heute verfallten aufstrebenden Terrorgruppen in Berlin zurückzuführen. Nachdem die Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und ihren politischen Gegnern sich zunächst in Schlägereien, bei denen auch gelegentlich Schiffe liefen, ausweiteten, bildeten sich von der kommunistischen Partei zunächst nicht abgetrennt, Terrorgruppen, die ihre Aufgabe im Kampf gegen einflussreiche Polizei haben. Das erste Opfer dieser Terrorgruppen war im Mai vorigen Jahres der Polizeieroberwachmeister Jänker. Im Laufe im Juni der Wachmeister Kuehl in den Tod, am 1. August wurde der Wachmeister Jänker niedergeschossen, neun Tage später endlich trafen die Schüsse auf den Wälderpaus und füllten die Polizei-hauptstadt Anlauf und Lent. Im Herbst erst rüdte die Beteiligung entschieden von diesen Terrorgruppen ab. Das Zentral-komitee verurteilte damals als höchste die Terrorverbrechen. Die Woche November bis Januar zeigten, daß dieser Stellung der Beteiligung gefolgt wurde. Als aber dann vornehmlich in den Arbeitergebieten die nationalsozialistischen Betrachteralote aus dem Boden schossen, als die S.A.-Gemeine und Aolern erschienen, als von diesen Vorfällen aus wiederholt Überfälle erfolgten, entstanden die Terrorgruppen aus neu.

Es erfolgte planmäßige Überfälle auf nationalsozialistische Polizei die Opfer forderten. Der Vorwurf, der damals gegen die Polizei erhoben wurde, sie greife nicht hart genug ein, wurde durch die Tatsachen widerlegt. In den meisten Fällen konnten nach Ansicht der Polizei die Beteiligten festgehalten werden. Die Aufhebung der Unruhmehrheit für die S.A. gab den kommunistischen Terrorgruppen erneut Beaufassung, ihr Verbrechen unter Be-

günstigere Qualitäten, während früher in den Wäldern durch Witterungsschäden und Feuchtigkeit mit einem erheblichen Schwund gerechnet werden mußte. Auch solchen Betrieben, die unglücklichen Milchabgab haben, kann jetzt eine Klein-molerei-Anlage für mäßiges Geld zur Verfügung gestellt werden, in der sich durchaus hochwertige Butter erzeugen läßt. Bemerkenswertes Fortschritt ist auch in den Fällen durch Bereinigung der Futtermittelreinigung und durch gute Säftigungsanlagen erzielt worden, die das Vieh gesund erhalten.

Beobachtet ist die Technik heute so weit, daß die Bäuerin nicht mehr das Opfer übermäßiger Körperanstrengung ist, sondern Mühe findet, sich um ihre Familie zu kümmern und nach der Arbeit den Feierabend zu genießen.

S. v. M.

weiss zu stellen. Die Nationalsozialisten haben jetzt die Methoden ihrer Gegner übernommen und wesentlich ausgebaut. Allein in einer Nacht, in der Nacht vom vergangenen Sonntag zum Sonntag, wurden sieben kommunistische Betrachteralote von Nationalsozialisten unter Feuer genommen.

Man kann die Polizei nicht, um diesem furchterlichen Treiben ein Ende zu bereiten? Die Täter haben in den Vorfällen von der Polizei, Menschenleben zu vergießen. Weder die Polizei noch Postboten können einem Motorrad oder einem Auto nachzusehen, welchen Zweck sie dienen. Ich habe schon einmal um Ausbruch geschrien, daß die Parteien, wenn sie wirklich die härtesten Verbrechen verüben, die ihren Mitgliedern freigegeben Täter der Polizei übergeben müßten. Leider

## U-Boot mit 66 Mann gesunken

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 7. JULI

Das französische Unterseeboot „Prométhée“ ist heute bei einer Probefahrt über Wasser umweit von Cherbourg gesunken. Zwei Offiziere, drei Besatzungsmitglieder und zwei Matrosen, die an Bord fanden, wurden ins Meer geschleudert und konnten gerettet werden. Die übrigen 66 Mann der Besatzung sowie 17 Marinebesatzungs- und Arbeiter sind in dem Schiff eingeschlossen. Rettungsveruche wurden sofort eingeleitet, es sind aber sehr erschwert, da das Boot 50 Meter tief liegt und die See an dieser Stelle besonders starke Strömungen aufweist.

„Prométhée“ ist ein Unterseeboot erster Klasse von 1370 Tonnen Raumverdrängung. Es wurde im Arsenal von Cherbourg gebaut und lief im Oktober 1930 vom Stapel.

hat die Praxis aber gezeigt, daß die Parteigrößen über die Parteigrößen der Täter denken und an der Verschärfung des Tatbestandes mitwirken. Der Wort an den Reichs-ehren-leuten Schneider und Gress in der Sitzung vom 19. März, der Wort an dem Kommunisten Korfus haben bewiesen, daß mit Hilfe der Parteigrößen die Täter ins Ausland entkommen konnten. So lange die Parteien bei der Aufführung von Verbrechen der Polizei nicht helfen werden, so lange muß ich bezweifeln, daß dort die Verbrechen aus innerer Überzeugung endlich verabschiedet werden.

So ist die Polizei im wesentlichen auf sich und die Hilfe des Substitutums angewiesen, wenn eine Bluttat geschehen ist und auf harte Vernehmungsmaßnahmen, um Bluttaten zu verhindern. Verhängte Streifen trugen sie Wochen durch die Straßen, sämtliche Patrouillenwagen sind eingezogen, um die Verbrechenspunkte zu kontrollieren. Zum großen Teil ist die Erstellung der Täter gelungen, in zahlreichen Fällen hingegen Unklarheit vorher verurteilt worden. Verlangenerwert ist es, daß bei der harten Inanspruchnahme der Polizei oft junge Beamte der der Straße eingeklagt werden müssen, denen an ihrem politischen Willen und an ihrer politischen Kraft noch manches fehlt und die noch nicht die notwendige Selbstbeherrschung der älteren Beamten besitzen. Trotz der ungewöhnlichen Schwierigkeiten, die der Polizei heute erodieren und die von den Alternativen erweisen werden können, wird sie auch wenn sie im Übergang, dieser neue Wille von Gewalttätigkeiten fern werden.

Eine tendenziöse Berichterstattung löst den Eindruck erwecken, in der Reichshauptstadt lobe der Bürgerkrieg in den Straßen. Nichts von allem ist wahr. Die bedeutungsvollen Ausschreitungen sind das Wert einzelner Gruppen, die im Überfall auf den politischen Gegner den politischen Kampf schicksalhaft erwidern.

## Krawalle in Berlin II

Anläßlich einer vom Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, Bezirksverband Berlin-Brandenburg, einberufenen Kundgebung unter freiem Himmel auf dem Vintoplatz im Norden Berlins, kam es zu 10 schweren Angriffen der Demonstranten auf die anwesende Polizei, die die Befragung unter Wäldern des Schredschiffen und unter Anwendung des Gemeinplatzes aufgelöst werden mußte. Mehrere Beamte haben Verletzungen davongetragen.

Schon auf dem Innenmarkt der Kommunisten zur Befragung war die Polizei genötigt, gegen die Teilnehmer an den Demon-

Das Unterhaltungsblatt der  
**„Vossischen Zeitung“**  
 erscheint im Abendblatt u. a. folgende Beiträge:  
 Frau Konsul Overdieck von Dorothea Hofer-Dernburg  
 Die großen Pardon ... von Ludwig Wachtel







Einseitige Agrarpolitik

Zölle gegen Veredelungswirtschaft

Von Ernst Stargardt

Die gestern gemeldeten Pläne der Reichsregierung zur Entfemung sehen u. a. umfangreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Futtermittelproduktion...

Die völlige Verwertung, die in unserer Volkswirtschaft herrscht, geht aus den letzten Maßnahmen der Reichsregierung...

Wie auf zahlreichen anderen Gebieten, ist auch in der deutschen Schweinefleisch- und Fleischherstellung...

Auch beim Verkauf und bei der Verwertung der Erzeugnisse ging die Rechnung zunächst glatt auf...

Unter solchen Umständen mußte die Einfuhr an Schweinefleisch selbstverständlich in beträchtlichem Maße...

Der Sturz der Schweinepreise war also eine natürliche Folge der schwindenden Kaufkraft...

Auf weitere Sicht hinaus hatte man sich also bei der Propagierung des Bakonschweins doch verneinnet...

Da der Einfuhrbedarf Deutschlands an Schweinefleisch von sachkundiger Seite auf 90 000 T. jährlich geschätzt wird...

setzen. Sobald sich das in Europa bemerkbar machte, ergriffen auch die Ausfuhrländer unseres Kontinents...

Die letzten Zollerhöhungen Deutschlands, bisher des größten Teils ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation...

Das Sanierungsprogramm der Sachsenwerk Licht und Kraft AG. des in letzter Ableitung der von AEG...

Bereinigtes Sachsenwerk

Dividendenгарantie abgelöst — Barzahlung der AEG — Sanierung 4:1

1931 dürfte sich freilich entsprechend der allgemeinen Schrumpfung in der Starkstromindustrie ein weiterer Rückgang...

Die jetzt vorgenommene Transaktion ist nicht nur eine Entlastung für das Sachsenwerk...

Die von der AEG, Dresden, zur Verfügung erhaltenen Aktien haben sich, wie wir bereits im letzten Heft...

Grundsätzlich wäre darüber zu sagen, daß Verträge auch dann gehalten werden sollen...

Die AEG selbst hat, wie wir führen, bei der Bilanzierung ihres Besizes an Sachsenwerk-Aktien...

Frankreich will konvertieren

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

In französischen Bankkreisen rechnet man damit, daß die Postverwaltung in nächster Zeit mit einer großen Anleihe...

Die Festigkeit der französischen Renten und die Erfolgssaussichten der englischen Anleihekonversion...

200 Mill. Fr. für die Deckungssicherung von Auslandsforderungen. Die Eidgenössische Auslandskasse...

über Anfangsversuche noch nicht hinausgekommen. — Bedenkt man ferner, daß vor einiger Zeit Ochsenblut in Amerika...

Die heutigen Verhältnisse sind nicht weniger als erfreulich. Der Streik der Berliner Engros-Schlächter...

1931 dürfte sich freilich entsprechend der allgemeinen Schrumpfung in der Starkstromindustrie ein weiterer Rückgang...

Die jetzt vorgenommene Transaktion ist nicht nur eine Entlastung für das Sachsenwerk...

Die von der AEG, Dresden, zur Verfügung erhaltenen Aktien haben sich, wie wir bereits im letzten Heft...

Grundsätzlich wäre darüber zu sagen, daß Verträge auch dann gehalten werden sollen...

Die AEG selbst hat, wie wir führen, bei der Bilanzierung ihres Besizes an Sachsenwerk-Aktien...

Die AEG selbst hat, wie wir führen, bei der Bilanzierung ihres Besizes an Sachsenwerk-Aktien...

auch der Ständerat die Vorlage verabschiedet hat. Beide Kammern des Parlaments haben aber, einer Drahtmeldung...

Unveränderte Barclays Bank-Dividende. Die Barclays Bank, der die einzige der „Big Five“...

Angespannter Status der Bank von England. Wie der „Voss. Ztg.“ aus London gefahrt wird...

Erhöhter Notenniveau in Frankreich. Der Anstieg des Notenniveaus in Frankreich, der sich im Vorjahr...





